

Vorläufiger Schuldenstand des Öffentlichen Gesamthaushalts



2017-2018

Erscheinungsfolge: zweijährlich
Erschienen am 29/06/2017

Ihr Kontakt zu uns:
www.destatis.de/kontakt
Telefon: 0+49 (0) 611/75-2405

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2017

Vervielfältigungen und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Kurzfassung

1 Allgemeine Angaben zur Statistik	Seite 3
<ul style="list-style-type: none">• Vierteljährliche Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts• Quartalerhebung nach dem Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG)	
2 Inhalte und Nutzerbedarf	Seite 4
<ul style="list-style-type: none">• Inhalte: Stand der vierteljährlichen Schulden nach Schuldarten und Gläubigern .• Nutzerbedarf: Erfüllung der Lieferverpflichtung an Eurostat sowie Entscheidungsgrundlage für Wirtschaft und Finanzpolitik.• Hauptnutzer: Innen-, Finanz- und Wirtschaftsministerien von Bund und Ländern, Deutsche Bundesbank, Eurostat, Internationaler Währungsfonds (IWF), Europäische Zentralbank (EZB), kommunale Spitzenverbände, Wirtschaftsforschungsinstitute und Hochschulen.	
3 Methodik	Seite 6
<ul style="list-style-type: none">• Primärstatistik• Art der Datengewinnung: Das Zahlenmaterial wird durch die Berichtsstellen den Rechnungswesen der Gebietskörperschaften sowie der Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Sektors Staat entnommen und mittels Online-Erhebung übermittelt. Die Kernhaushalte der Sozialversicherung werden hinzugeschätzt, um den gesamten Öffentlichen Gesamthaushalt abbilden zu können.	
4 Genauigkeit und Zuverlässigkeit	Seite 6
<ul style="list-style-type: none">• Fehler in der Erfassungsgrundlage: Keine.• Nicht-stichprobenbedingte Fehler: Durch umfangreiche Plausibilitätsprüfungen werden nicht-stichprobenbedingte Fehler, wie zum Beispiel Antwortausfälle oder Zuordnungsfehler, auf ein Minimum reduziert.• Gesamtbewertung: Die Genauigkeit der Daten entspricht den Anforderungen des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).	
5 Aktualität und Pünktlichkeit	Seite 7
<ul style="list-style-type: none">• Aktualität: Erhoben werden die Daten des aktuell abgelaufenen Quartals.• Pünktlichkeit: Die Datenlieferung der Berichtsstellen erfolgt spätestens 2 Monate nach Ablauf des Berichtsquartals.	
6 Vergleichbarkeit	Seite 7
<ul style="list-style-type: none">• Zeitlich: Die vierteljährliche Schuldenstatistik entspricht sachlich und systematisch jeweils dem Stand zum Ende des Berichtsquartals. Die Vergleichbarkeit der Daten aus den Erhebungen vor dem ersten Quartal 2016 ist aufgrund methodischer Veränderungen mit den Erhebungen ab dem ersten Quartal 2016 eingeschränkt vergleichbar.• Räumlich: Obgleich der Ausgliederungsprozess in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich weit fortgeschritten ist, ist eine räumliche Vergleichbarkeit der vierteljährlichen Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts weitgehend gewährleistet, da neben den Kernhaushalten alle öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Sektors Staat nach einheitlichen Kriterien in die Erhebung einbezogen werden.	
7 Kohärenz	Seite 8
<ul style="list-style-type: none">• Amtliche Statistik: Jährliche Schuldenstatistik, Finanzvermögenstatistik, Statistik der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen, Statistik der Jahresabschlüsse öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen sowie Hochschulfinanzstatistik.	
8 Verbreitung und Kommunikation	Seite 8
<ul style="list-style-type: none">• Die Ergebnisse der Erhebung werden jeweils etwa 90 Tage nach Ablauf des Berichtsquartals in der Fachserie 14, Reihe 5.2, „Vorläufiger Schuldenstand des Öffentlichen Gesamthaushalts“ und in GENESIS-Online veröffentlicht.	
9 Sonstige fachstatistische Hinweise	Seite 9
<ul style="list-style-type: none">• Keine.	

1 Allgemeine Angaben zur Statistik

1.1 Grundgesamtheit

Die vierteljährliche Schuldenstatistik erhebt in tiefer Gliederung die Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts nach Ebenen. Die Erhebungseinheiten sind die staatlichen Haushalte (Bund, Länder), die kommunalen Haushalte (Gemeinden/Gemeindeverbände) und die Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Sektors Staat (inklusive der Extrahaushalte der Sozialversicherung).

1.2 Statistische Einheiten (Darstellungs- und Erhebungseinheiten)

Öffentlicher Gesamthaushalt

1 Die Kernhaushalte

Als Kernhaushalte werden die Haushalte der Ebenen

- Bund,
- Länder einschließlich der Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg,
- Gemeinden/Gemeindeverbände und
- Sozialversicherung

bezeichnet.

Gemeindeverbände sind hierbei Landkreise, die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe, der Bezirksverband Pfalz, der Landeswohlfahrtsverband Hessen, der Kommunale Sozialverband Sachsen, der Regionalverband Ruhr, der Regionalverband Saarbrücken, der Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS), die Bezirke in Bayern, die Verbandsgemeinden in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, die Samtgemeinden in Niedersachsen, die Ämter in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, Verwaltungsverbände in Sachsen und die Verwaltungsgemeinschaften in Thüringen.

Die Sozialversicherung setzt sich aus der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Unfallversicherung sowie der Bundesagentur für Arbeit zusammen.

In der vierteljährlichen Schuldenstatistik werden die Kernhaushalte der Sozialversicherung nicht erhoben, sondern auf Grundlage der aktuell vorliegenden Schuldenstände der jährlichen Schuldenstatistik fortgeschätzt.

2 Die Extrahaushalte

Der Begriff "Haushalt" wird hier institutionell im Sinne von Einheit verwendet. Die Extrahaushalte umfassen alle öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die im Sinne des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) zum Sektor Staat zählen.

Dafür müssen folgende Kriterien erfüllt sein:

- Es muss sich um eine institutionelle Einheit handeln.
- Diese institutionelle Einheit muss vom Staat kontrolliert werden (öffentliche Kontrolle).
- Diese institutionelle und öffentlich kontrollierte Einheit muss überwiegend vom Staat finanziert werden (öffentliche Finanzierung).

Eine Ausnahme gilt für Hilfsbetriebe des Staates. Diese Einheiten erwirtschaften Umsätze größtenteils mit dem Staat (Faustregel: mehr als 80 %) und werden dem Sektor Staat zugeordnet, auch wenn ihr Eigenfinanzierungsgrad über 50 % liegt.

1.3 Räumliche Abdeckung

Das gesamte Bundesgebiet der Bundesrepublik Deutschland.

1.4 Berichtszeitraum/-zeitpunkt

Der Berichtszeitpunkt der vierteljährlichen Schuldenstatistik ist jeweils der letzte Tag des aktuellen Berichtsquartals.

1.5 Periodizität

Vierteljährlich.

1.6 Rechtsgrundlagen und andere Vereinbarungen

Die Rechtsgrundlagen sind das Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 2006 (BGBl. I S. 438), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 02. März 2016 (BGBl. I S. 342) geändert worden ist, in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), das zuletzt durch die Bekanntmachung vom 20. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2394) geändert worden ist. Erhoben werden die Angaben nach § 5 Nummer 4 Buchstabe a FPStatG.

Die Berichtskreisabgrenzung für die öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors (Extrahaushalte) erfolgt nach der Verordnung (EU) Nr. 549/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Union (OJ L 174 vom 26. Juni 2013, S. 1-727).

1.7 Geheimhaltung

1.7.1 Geheimhaltungsvorschriften

Erhobene Einzelangaben werden nach § 16 Absatz 1 BStatG geheim gehalten, soweit durch besondere Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist. § 15 FPStatG als eine solche spezielle Rechtsvorschrift lässt die Veröffentlichung von Ergebnissen auf Ebene der Erhebungseinheiten mit Ausnahme der in § 2 Absatz 1 Nummer 7 FPStatG genannten Stellen zu. Eine Übermittlung der erhobenen Angaben ist darüber hinaus nach § 14 Absatz 1 FPStatG an oberste Bundes- und Landesbehörden in Form von Tabellen mit statistischen Ergebnissen zulässig, auch soweit Tabellenfelder nur einen einzigen Fall ausweisen.

Nach § 16 Absatz 6 BStatG ist es zulässig, den Hochschulen oder sonstigen Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben Einzelangaben zur Verfügung zu stellen, wenn diese so anonymisiert sind, dass sie nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft der befragten oder betroffenen Einheit zugeordnet werden können.

1.7.2 Geheimhaltungsverfahren

Die erhobenen Einzelangaben werden nach § 16 Absatz 1 BStatG geheim gehalten, soweit durch besondere Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist (siehe 1.7.1).

1.8 Qualitätsmanagement

1.8.1 Qualitätssicherung

Das Statistische Bundesamt steht in enger Kooperation mit den Statistischen Ämtern der Länder, um die Qualität der Erhebungsdaten stetig zu verbessern. Im Prozess der Datenaufbereitung und Veröffentlichung werden Maßnahmen zur Sicherung der Qualität der Ergebnisse angewendet. Das abgestimmte Vorgehen zur Aufbereitung der Meldungen sieht im Aufbereitungsprozess eine Vielzahl an Prüfungen der vorliegenden Ergebnisse durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder vor.

Alle Aspekte der vierteljährlichen Schuldenstatistik werden in der Arbeitsgruppe "Qualitätssicherung der Schuldenstatistik", der Projektgruppe "Qualitätssicherung Staatsfinanzdaten" und der zweimal jährlich stattfindenden Referentenbesprechung "Finanz- und Personalstatistiken" mit den Vertretern der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erörtert. Beschlüsse werden in den Protokollen der Referentenbesprechungen festgehalten.

1.8.2 Qualitätsbewertung

Es werden alle Erhebungseinheiten nach § 5 Nummer 4 FPStatG erfasst. Die Daten unterliegen einer Prüfung auf Plausibilität und Konsistenz. Stichprobenbedingte Fehler treten nicht auf, nicht-stichprobenbedingte Fehler werden auf ein Minimum reduziert. Insgesamt weist die vierteljährliche Schuldenstatistik als Vollerhebung eine hohe Qualität auf.

2 Inhalte und Nutzerbedarf

2.1 Inhalte der Statistik

2.1.1 Inhaltliche Schwerpunkte der Statistik

Die Statistik über die vierteljährlichen Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts ist mit Ausnahme der Kernhaushalte der Sozialversicherung eine vierteljährliche Totalerhebung und berichtet über den Stand der Schulden des Berichtsquartals unterteilt nach Schuldarten und Gläubigern.

Erhoben werden in bei den Kernhaushalten von Bund und Ländern: Kassenkredite und Kredite nach Gläubigern sowie die Kredite mit Laufzeit bis einschließlich 1 Jahr, Wertpapiersschulden unterteilt nach Geldmarktpapieren und Kapitalmarktpapieren und Kreditmarktschulden. Bei den restlichen Einheiten werden Kassenkredite und Kredite unterteilt nach Gläubigern und Wertpapiersschulden insgesamt erhoben.

2.1.2 Klassifikationssysteme

In der Statistik über die vierteljährlichen Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts werden die Ergebnisse nach Ebenen (Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände, Sozialversicherung) sowie Ländern klassifiziert. Ergänzend erfolgt eine Darstellung der Ergebnisse für die Kernhaushalte und den Öffentlichen Gesamthaushalt.

2.1.3 Statistische Konzepte und Definitionen



Ab dem ersten Quartal 2016 sind die Ergebnisse der vierteljährlichen Schuldenstatistik des Öffentlichen Gesamthaushalts nach dem sogenannten Schalenkonzept abgegrenzt.

Grundsätze der Zuordnung zu den Schuldarten

Nachgewiesen werden alle Schulden, für welche die Berichtsstelle Schuldner ist, auch wenn sie nicht den Schuldendienst trägt. Dazu gehören auch die Schulden ihrer rechtlich unselbständigen Stiftungen und Sondervermögen, deren Ausgaben und Einnahmen vollständig im Haushalt des öffentlichen Trägers enthalten sind. Die Schulden der rechtlich unselbständigen kommunalen Sondervermögen mit eigener, vom Trägerhaushalt getrennter Rechnungsführung gelten dagegen nicht als Schulden der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes; diese werden gesondert erfasst und nachgewiesen.

Nicht in der Schuldenstatistik erhoben werden:

- Eigenbestände von Wertpapieren,
- Innere Darlehen (Inanspruchnahme von Mitteln, die für einen anderen Zweck vorgesehen waren),
- Gelder, die von Dritten hinterlegt sind (z.B. Kautionen) und
- von Dritten erhaltene Beträge, für die keine Verpflichtung zur Rückzahlung entstanden sind.

Der Aufgliederung der aufgenommenen Schulden nach Schuldarten wird soweit möglich das Gläubigerprinzip zugrunde gelegt: Maßgebend für die Zuordnung ist der in der Schuldurkunde bezeichnete Gläubiger. Werden die Mittel vollständig aus dem Haushalt der Körperschaften oder der Sozialversicherung finanziert, aber von den Kreditinstituten nur ausgezahlt, werden diese abweichend vom Gläubigerprinzip den öffentlichen Körperschaften oder der Sozialversicherung zugeordnet. Wird von den öffentlichen Haushalten nur die Zinsdifferenz zum Marktzins finanziert, erfolgt der Nachweis bei der auszahlenden Stelle. Bei allen Schulden, für die Wertpapiere ausgegeben worden sind (Anleihen usw.), entfällt eine Aufteilung nach Gläubigern.

2.2 Nutzerbedarf

Zu den Hauptnutzern der Statistik zählen die Deutsche Bundesbank, die Europäische Zentralbank (EZB), Eurostat, Bundes- und Länderministerien (vor allem die Finanzministerien), kommunale Spitzenverbände, Hochschulen und Wirtschaftsforschungsinstitute, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die Vereinten Nationen, der Internationale Währungsfonds (IWF) sowie die Presse.

2.3 Nutzerkonsultation

Die von Seiten der Europäischen Union und der Ministerien gewünschten Änderungen im bestehenden Erhebungsprogramm lassen sich mittels Gesetzesänderungen umsetzen. Darüber hinaus sind die Bundesministerien, die Statistischen Ämter der Länder, die kommunalen Spitzenverbände sowie Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft im

Statistischen Beirat vertreten, der nach § 4 BStatG das Statistische Bundesamt in Grundsatzfragen berät. Fachspezifische Fragen oder Anregungen werden dabei in dem vom Statistischen Beirat eingesetzten Fachausschuss „Finanz- und Steuerstatistiken“ eingebracht.

3 Methodik

3.1 Konzept der Datengewinnung

Als Basis für die Auskunftserteilung dienen vor allem die Ergebnisse aus den Rechnungswesen der Gebietskörperschaften und der Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Sektors Staat. Die Statistik über die vierteljährlichen Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts zählt zu den Primärerhebungen. Die Durchführung erfolgt im Rahmen einer Online-Erhebung. Für die Erhebung besteht eine Auskunftspflicht.

3.2 Vorbereitung und Durchführung der Datengewinnung

Die Daten über die Schulden des Bundes, der Kernhaushalte der Länder und der Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Sektors Staat in mehrheitlichem Bundesbesitz werden zentral vom Statistischen Bundesamt in einer Online-Befragung erhoben. Zudem werden auch die kameral buchenden Fonds, Einrichtungen und Unternehmen der Länder zentral erhoben. Die Erfassung aller übrigen Einheiten erfolgt durch das Statistische Amt des jeweiligen Sitzlandes, welches die Daten nach eingehender Prüfung an das Statistische Bundesamt übermittelt. Der Fragebogen für die Kernhaushalte des Bundes und der Länder (SFK4) ist im Format des Grundfragebogens an diesen Bericht angehängt. Anzumerken ist, dass dieser Fragebogen mit der Unterteilung der Wertpapiersschulden und dem zusätzlichen Merkmal Kreditmarktschulden ausführlicher ist als die für die übrigen Einheiten verwendeten Fragebogen. Diese Einheiten werden im Rahmen der staatlichen und kommunalen Kassenstatistik, der Vierteljahresdaten der kaufmännisch buchenden Extrahaushalte und der vierteljährlichen Hochschulfinanzstatistik erhoben. Die Fragebogen werden hinsichtlich ihrer Gestaltung, Verständlichkeit und Kohärenz intensiv von der Arbeitsgruppe "Design" und der Fachabteilung geprüft.

3.3 Datenaufbereitung (einschl. Hochrechnung)

Die vom Statistischen Bundesamt selbst erhobenen Daten und die aufbereiteten Daten, die von den Statistischen Ämtern der Länder dem Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellt werden, werden über das gemeinsame Verbundsystem der Finanz- und Personalstatistiken ("FiPS") zusammengeführt. Dabei werden maschinelle Plausibilitätsprüfungen zur Sicherung der Datenkonsistenz vorgenommen. Unstimmigkeiten bei fehlerhaften Meldungen werden durch Rückfragen und Nachmeldungen im direkten Kontakt mit den Auskunftspflichtigen durch das Statistische Bundesamt bzw. die Statistischen Ämter der Länder korrigiert. Die gesetzliche Verpflichtung zur Auskunft sichert eine sehr hohe Unit-Response-Quote.

3.4 Preis- und Saisonbereinigung; andere Analyseverfahren

Die Daten werden in Nominalwerten geliefert. Es findet keine Preis- und Saisonbereinigung statt.

3.5 Beantwortungsaufwand

Konkrete Angaben über die Belastung der Auskunftspflichtigen liegen nicht vor.

4 Genauigkeit und Zuverlässigkeit

4.1 Qualitative Gesamtbewertung der Genauigkeit

Die vierteljährliche Schuldenstatistik wird mit Ausnahme der Kernhaushalte der Sozialversicherung vierteljährlich zum Stichtag als Vollerhebung durchgeführt. Folglich sind stichprobenbedingte Fehler ausgeschlossen. Bei einer Vollerhebung sind nicht-stichprobenbedingte Fehler (z. B. Messfehler) nicht völlig zu vermeiden, werden aber durch entsprechend konzipierte Plausibilitätsprüfungen im Statistischen Bundesamt und in den Statistischen Ämtern der Länder minimiert, so dass die Ergebnisse der vierteljährlichen Schuldenstatistik von hoher Datenqualität sind.

Die vierteljährliche Schuldenstatistik wird auch im Hinblick auf die Genauigkeit der Daten den Anforderungen des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) gerecht. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die Daten von Bund, Ländern und Gemeinden/Gemeindeverbänden mit unterschiedlichen Rechnungssystemen erfasst sowie aus verschiedenen Verwaltungsunterlagen zusammengeführt werden und daher Verfahrensunterschiede bei der Zuordnung einzelner Schuldenpositionen vorliegen können. Mit Übergang auf das doppelte Rechnungswesen bei den öffentlichen Verwaltungen ist bei diesen Einheiten zukünftig mit einer Verbesserung durch präzisere Schulden-nachweise zu rechnen.

4.2 Stichprobenbedingte Fehler

Die vierteljährliche Schuldenstatistik wird als Totalerhebung durchgeführt. Demzufolge sind stichprobenbedingte Fehler auszuschließen.

4.3 Nicht-Stichprobenbedingte Fehler

Nicht-stichprobenbedingte Fehler, wie z. B. Messfehler oder Antwortausfälle, sind nicht völlig zu vermeiden bzw. auszuschließen. Sie werden aber durch umfangreiche und stetig an die aktuellen Begebenheiten angepasste Plausibilitätsprüfungen auf ein Minimum reduziert.

Die Kernhaushalte der Sozialversicherung werden nicht erhoben, sondern mit dem aktuellsten vorliegenden Stand aus der jährlichen Schuldenstatistik hinzugeschätzt. Aufgrund geringer Schwankungen beim Schuldenstand der Kernhaushalte ist der Schätzfehler als sehr gering anzusehen.

4.4 Revisionen

4.4.1 Revisionsgrundsätze

Revisionen werden allgemein dann durchgeführt, wenn neue, bisher nicht verfügbare Daten vorliegen und in die Berechnung einbezogen werden. Revisionen können sich auch aus methodischen und konzeptionellen Änderungen ergeben. Die bereits veröffentlichten Daten werden jeweils durch die revidierten Werte ersetzt und verlieren ihre Gültigkeit.

4.4.2 Revisionsverfahren

Die betroffene Fachserie wird mit Revisionsdatum überarbeitet und im Internet neu zur Verfügung gestellt. Dieses Verfahren entspricht den Revisionsrichtlinien des Statistischen Bundesamtes (siehe Statistisches Bundesamt, Allgemeine Revisionspolitik, 2015).

4.4.3 Revisionsanalysen

Revisionen der endgültigen Ergebnisse werden von den Erhebungseinheiten mitgeteilt und von den Statistischen Ämtern der Länder und des Bundes ausgewertet und analysiert. In der Vorbemerkung der betroffenen Fachserie wird auf Revisionsgründe hingewiesen und die wesentlichen Revisionsdifferenzen werden benannt.

5 Aktualität und Pünktlichkeit

5.1 Aktualität

Erhebungsstichtag ist der letzte Tag des jeweiligen Berichtsquartals. Die endgültigen Ergebnisse werden etwa 90 Tage nach Ablauf des Berichtsquartals als Pressemitteilung und im Internet veröffentlicht. Detailliertere Ergebnisse enthält die Fachserie 14, Reihe 5.2, „Vorläufiger Schuldenstand des Öffentlichen Gesamthaushalts“.

5.2 Pünktlichkeit

Die Statistischen Ämter der Länder haben wie die zentral vom Statistischen Bundesamt erfassten Erhebungseinheiten für die Meldung einen festen Liefertermin an das Statistische Bundesamt. Dieser wird über ein Kontrollsystem überwacht, sodass die Veröffentlichung termingerecht möglich ist.

6 Vergleichbarkeit

6.1 Räumliche Vergleichbarkeit

Obgleich der Ausgliederungsprozess in den einzelnen Ländern unterschiedlich weit fortgeschritten ist, ist eine räumliche Vergleichbarkeit der Daten gewährleistet, da (mit Ausnahme der Sozialversicherung) alle Kern- und Extrahaushalte in die Erhebung einbezogen werden.

6.2 Zeitliche Vergleichbarkeit

Die dargestellten Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts entsprechen sachlich und systematisch jeweils dem Stand des aktuellen Berichtsquartals. Vergleichsdaten jahresübergreifender bzw. langer Reihen sind zum Teil nur noch eingeschränkt vergleichbar.

Ab dem Berichtsjahr 2011 werden bei den Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts die Schulden der Extrahaushalte von Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden mit Ausnahme von Zweckverbänden nachgewiesen. Dazu zählen die Extrahaushalte des Bundes, die ausgegliederten Hochschulen des Staatssektors mit eigenem Rechnungswesen, aus den öffentlichen Haushalten ausgegliederte Statistische Ämter der Länder, die Landesbetriebe für Straßenbau/-wesen beziehungsweise für Verkehr sowie die Zweckverbände des Staatssektors und Einheiten, die zur Bewältigung der Finanzmarkt- und Konjunkturkrise gegründet wurden, zum Beispiel der HSH Finanzfonds AöR, der Zukunftsinvestitions- und Tilgungsfonds Nordrhein-Westfalen sowie Bau- und Liegenschaftsbetriebe der Länder. Ab dem Berichtsjahr 2014 werden zusätzlich alle dem Staatssektor zugehörigen Zweckverbände und Einrichtungen für Forschung und Entwicklung einbezogen.

Eine besondere Zäsur besteht ab dem Berichtsjahr 2016. Seitdem gelten neue begriffliche Abgrenzungen, so werden z. B. die Kreditmarktschulden durch die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich ersetzt, in denen auch die Kassenkredite beim nicht-öffentlichen Bereich enthalten sind. Zudem liegt eine geänderte Bereichsabgrenzung zugrunde. Hiermit wird eine klare Trennung der Schulden beim nicht-öffentlichen von den Schulden beim öffentlichen Bereich gewährleistet. Diese Änderungen im Erhebungsprogramm sind auf EU-Anforderungen zurückzuführen. Des Weiteren wurden auch die Laufzeiten gemäß der aktuellen Fristengliederung der Deutschen Bundesbank angepasst und die Gläubigerstruktur erweitert. Zudem werden die Ausgleichsforderungen, die vor allem gegenüber der Deutschen Bundesbank bestehen, nicht mehr separat ausgewiesen; sie sind in den Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich (größtenteils bei Kreditinstituten) enthalten. Ausgleichsforderungen sind Schuldbuchforderungen gegen die öffentliche Hand, in erster Linie als Ausgleich für den Wegfall der Forderungstitel gegen das Dritte Reich nach Ende des 2. Weltkriegs.

Ab dem Berichtsjahr 2016 umfasst der Berichtskreis der vierteljährlichen Schuldenstatistik mit den Extrahaushalten der Sozialversicherung alle Extrahaushalte des öffentlichen Gesamthaushalts. Seitdem zählen in Übereinstimmung mit dem

ESVG 2010 hierzu auch alle öffentlich bestimmten Holdinggesellschaften des Sektors Staat. Um den Schuldenstand des Öffentlichen Gesamthaushalts vollständig darstellen zu können, werden die Schulden der Kernhaushalte der Sozialversicherung auf Grundlage der jährlichen Schuldenstatistik des aktuellsten vorliegenden Berichtszeitpunkts beginnend mit dem Berichtsjahr 2016 hinzugeschätzt.

7 Kohärenz

7.1 Statistikübergreifende Kohärenz

Die vierteljährliche Schuldenstatistik des Öffentlichen Gesamthaushalts steht in enger Beziehung zu der jährlichen Schuldenstatistik, der Finanzvermögenstatistik, der Statistik der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen, der Statistik der Jahresabschlüsse öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen sowie der Hochschulfinanzstatistik. Die öffentlichen Finanzstatistiken berufen sich auf das Schalenkonzept und nutzen zum Teil dasselbe Aufbereitungssystem.

7.2 Statistikinterne Kohärenz

Die Erhebungseinheiten übermitteln nach festgelegten Standards die Ergebnisse für die vierteljährliche Schuldenstatistik. Durch Plausibilitätsprüfungen wird eine interne Kohärenz erreicht.

7.3 Input für andere Statistiken

Die Ergebnisse der vierteljährlichen Schuldenstatistik des Öffentlichen Gesamthaushalts sind für die Notifikationstabellen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) an Eurostat von großer Bedeutung.

8 Verbreitung und Kommunikation

8.1 Verbreitungswege

Pressemitteilungen

Die Pressematerialien sind kostenlos erhältlich auf der Internet-Seite des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>) unter "Presse & Service, Presse".

Veröffentlichungen

Eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse erfolgt in der Fachserie 14, Reihe 5.2, Vorläufiger Schuldenstand des Öffentlichen Gesamthaushalts. Die Fachserie kann ab dem Berichtsjahr 2016 als kostenloser Download auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes abgerufen werden.

Komprimierte Ergebnisse der Schuldenstatistik sind als Tabellen und Grafiken auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes unter "Finanzen und Steuern" abrufbar.

Darüber hinaus informieren Pressemitteilungen und Beiträge in der Zeitschrift "Wirtschaft und Statistik" über neuere Entwicklungen.

Bis einschließlich dem 4. Quartal 2015 wurden die Ergebnisse in einer komprimierten Form in der Fachserie 14, Reihe 2, „Vierteljährliche Kassenergebnisse des Öffentlichen Gesamthaushalts“ veröffentlicht.

Online-Datenbank

Über das Datenbanksystem GENESIS-Online (www.destatis.de > GENESIS-Online) können ausführliche Ergebnisse der vierteljährlichen Schuldenstatistik in unterschiedlichen Dateiformaten (.xls, .html und .csv) direkt geladen werden.

Zugang zu Mikrodaten

Es gibt keinen standardisierten Zugang zu Mikrodaten.

Sonstige Verbreitungswege

8.2 Methodenpapiere/Dokumentation der Methodik

Eine Methodenbeschreibung liegt vor. Diese ist auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes unter: <https://www.destatis.de/> zu finden.

Methodenaufsätze:

Birkenfeld, T. und S. Scharfe: "Vierteljährliche Schulden am 31. März 2014. Eine Analyse der Effekte der Änderungen des FPStatG sowie des ESVG " in WiSta 07/2014, Seite 404-412.

Online unter:

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/FinanzenSteuern/VierteljaehrSchuldenGesamthaushalt2014_72014.pdf

Michaelis, E.: "Neues Finanz- und Personalstatistikgesetz 2013" in WiSta 11/2013, Seite 775-781.

Online unter:

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/FinanzenSteuern/FinanzPersonalstatistikgesetz_112013.pdf

Rückner, C.: "Integration in den Finanz- und Personalstatistiken" in WiSta 11/2011, Seite 1104-1110.

Online unter:

<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/FinanzenSteuern/Personalstatistiken122011.pdf>

8.3 Richtlinien der Verbreitung

Veröffentlichungskalender

Die Veröffentlichung der Ergebnisse über den vorläufigen Schuldenstand des Öffentlichen Gesamthaushalts erfolgt nach den allgemeinen Richtlinien des Statistischen Bundesamtes.

Zugriff auf den Veröffentlichungskalender

<https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Terminvorschau/Terminvorschau.html>

Zugangsmöglichkeiten der Nutzer/-innen

<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/OeffentlicheFinanzenSteuern/OeffentlicheFinanzen/Schulden/Schulden>

9 Sonstige fachstatistische Hinweise

Keine.

**Vierteljährliche Schulden der Kernhaushalte
von Bund und Ländern**

 Rücksendung **SFK4**
 bitte bis
 XX. XXXXXXX XXXX

 Name des Amtes
 Org. Einheit
 Straße + Hausnummer
 PLZ, Ort

Bei Fensterbriefumschlag: postalische Anschrift der befragenden Behörde

 Ansprechpartner/-in für Rückfragen
 (freiwillige Angabe)

 Sie erreichen uns
 Telefon: XXX XXX-XXXX
 Telefax: XXX XXX-XXXX
 E-Mail: XXX XXX-XXXX.de

Name:

Telefon oder E-Mail:

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit.

 Bitte beachten Sie bei der Beantwortung der Fragen die Erläuterungen zu
1 bis **20** in der separaten Unterlage.

Falls Anschrift oder Firmierung nicht mehr zutreffen, bitte korrigieren.

 /
 Berichtszeitraum

Berichtsstellennummer

Kassenkredite 1		Code	in vollen Euro
Öffentlicher Bereich	beim Bund 2	P1009	
	bei Ländern 3	P1019	
	bei Gemeinden/Gemeindeverbänden 4	P1029	
	bei Zweckverbänden und dergleichen 5	P1039	
	bei der gesetzlichen Sozialversicherung 6	P1049	
	bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen 7	P1059	
	bei sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen 8	P1069	
Nicht-öffentlicher Bereich	bei Kreditinstituten 9	P1129	
	beim sonstigen inländischen Bereich 10	P1099	
	beim sonstigen ausländischen Bereich 11	P1139	
Summe		P1999	

Wertpapierschulden 12	Code	in vollen Euro
Geldmarktpapiere 13	P2979	_____
Kapitalmarktpapiere 14	P2989	_____
Summe	P2999	_____

Kredite 15	Code	in vollen Euro
Öffentlicher Bereich	beim Bund 2	P3609 _____
	bei Ländern 3	P3619 _____
	bei Gemeinden/Gemeindeverbänden 4	P3629 _____
	bei Zweckverbänden und dergleichen 5	P3639 _____
	bei der gesetzlichen Sozialversicherung 6	P3649 _____
	bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen 7	P3659 _____
	bei sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen 8	P3669 _____
Nicht-öffentlicher Bereich	bei Kreditinstituten 9	P3679 _____
	beim sonstigen inländischen Bereich 10	P3689 _____
	darunter: bei Versicherungen 16	P3369 _____
	bei Kapitalanlagegesellschaften 17	P3379 _____
	bei sonstigen finanziellen Unternehmen 18	P3389 _____
	beim sonstigen ausländischen Bereich 11	P3699 _____
Summe	P3999	_____

Darunter: Kredite mit Laufzeit bis einschließlich 1 Jahr 19		Code	in vollen Euro
Öffentlicher Bereich	beim Bund 2	P3009	
	bei Ländern 3	P3039	
	bei Gemeinden/Gemeindeverbänden 4	P3069	
	bei Zweckverbänden und dergleichen 5	P3099	
	bei der gesetzlichen Sozialversicherung 6	P3129	
	bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen 7	P3159	
	bei sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen 8	P3189	
Nicht-öffentlicher Bereich	bei Kreditinstituten 9	P3399	
	beim sonstigen inländischen Bereich 10	P3279	
	beim sonstigen ausländischen Bereich 11	P3409	
Summe		P3509	

Nachrichtlich:

Kreditmarktschulden 20		Code	in vollen Euro
Summe		P9009	

Bemerkungen

Zur Vermeidung von Rückfragen bitten wir Sie, hier auf besondere Ereignisse und Umstände hinzuweisen, aus denen auffällige Veränderungen gegenüber dem Vorquartal oder außergewöhnliche Verhältnisse erklärt werden können, insbesondere im Fall von Ein- bzw. Ausgliederungen.

Vierteljährliche Schulden der Kernhaushalte von Bund und Ländern

SFK4

Unterrichtung nach § 17 Bundesstatistikgesetz (BStatG)¹

Zweck, Art und Umfang der Erhebung

Die Statistik der vierteljährlichen Schulden der öffentlichen Haushalte wird vierteljährlich jeweils zum Quartalsende durchgeführt. Ihre Ergebnisse liefern wichtige Informationen über die Finanzen der öffentlichen Haushalte.

Damit erfüllen sie den Datenbedarf wirtschaftlicher und politischer Entscheidungsträger im nationalen Rahmen und auch auf Ebene der Europäischen Union.

Rechtsgrundlagen, Auskunftspflicht

Rechtsgrundlage ist das Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG) in Verbindung mit dem BStatG. Erhoben werden die Angaben zu § 5 Nummer 4 Buchstabe a FPStatG.

Die Auskunftspflicht ergibt sich aus § 11 Absatz 1 FPStatG in Verbindung mit § 15 BStatG. Nach § 11 Absatz 2 Nummer 1 FPStatG sind die Finanzminister/ Finanzministerinnen des Bundes und der Länder und Finanzsenatoren/ Finanzsenatorinnen der Länder auskunftspflichtig.

Nach § 11a Absatz 1 BStatG sind Stellen, die Aufgaben öffentlicher Verwaltung wahrnehmen und bereits standardisierte elektronische Verfahren nutzen, verpflichtet, diese auch für die Übermittlung von Daten an die statistischen Ämter zu verwenden. Soweit diese Stellen keine standardisierten Verfahren für den Datenaustausch einsetzen, sind elektronische Verfahren nach Absprache mit den statistischen Ämtern zu verwenden.

Nach § 15 Absatz 7 BStatG haben Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung keine aufschiebende Wirkung.

Geheimhaltung

Die Geheimhaltung der erhobenen Einzelangaben richtet sich nach § 16 BStatG.

Hilfsmerkmale, laufende Nummern, Löschung

Name und Anschrift des Auskunftspflichtigen, Name und Rufnummern oder Adressen für elektronische Post der für eventuelle Rückfragen zur Verfügung stehenden Person sind Hilfsmerkmale, die lediglich der technischen Durchführung der Erhebung dienen.

Sie werden nach Abschluss der Überprüfung der Erhebungs- und Hilfsmerkmale auf ihre Schlüssigkeit und Vollständigkeit gelöscht.

Die verwendete Berichtsstellennummer dient der Unterscheidung der in die Erhebung einbezogenen Erhebungseinheiten sowie der rationellen Aufbereitung und besteht aus einer frei vergebenen laufenden Nummer.

¹ Den Wortlaut der nationalen Rechtsvorschriften in der jeweils geltenden Fassung finden Sie unter <https://www.gesetze-im-internet.de/>.

Vierteljährliche Schulden der Kernhaushalte von Bund und Ländern

SFK4

Beachten Sie folgende Hinweise:

Erhebungseinheiten

Der **Bund** und die **Bundesländer** einschließlich der Stadtstaaten Hamburg, Bremen, Berlin.

Die Zuordnung der Kredite sowie der Kassenkredite nach Schuldarten erfolgt nach dem **Gläubigerprinzip**; maßgebend ist der in der Schuldurkunde bezeichnete Gläubiger. Werden die Mittel vollständig aus dem Haushalt der Körperschaften finanziert, aber von Kreditinstituten nur ausgezahlt, sind diese abweichend vom Gläubigerprinzip den öffentlichen Körperschaften zuzuordnen. Bei Unklarheiten bitten wir um Rückfrage beim Mittelgeber (Förderbank). Wird von den öffentlichen Haushalten nur die Zinsdifferenz zum Marktzins finanziert, erfolgt der Nachweis bei der auszahlenden Stelle. Bei allen Schulden, für die Wertpapiere (Geldmarkt- und Kapitalmarktpapiere) ausgegeben wurden, entfällt die Aufteilung nach Gläubigern.

Erfasst wird der Nennbetrag der Schulden ohne Abzug eines Disagios (Ausnahme: Diskontpapiere) nach Schuldarten und ihren vertraglich festgelegten Laufzeiten (**Ursprungslaufzeiten**).

Tilgungsbeträge, die zwar fällig, aber bis zum Stichtag noch nicht zurückgezahlt bzw. einem internen Tilgungsfonds zugeführt wurden, dürfen von den Schuldbeträgen nicht abgesetzt werden. Tilgungsbeträge, die zugunsten der Gläubiger auf ein Sperr- oder Sonderkonto eines Kreditinstituts eingezahlt und damit dem Zugriff des Schuldners entzogen werden, sind dagegen vom Schuldbetrag abzusetzen.

Die Verbindlichkeiten in Fremdwährung sind zu dem Kurs in Euro umzurechnen, der für die Rückzahlung vereinbart bzw. der im Rahmen von Kurssicherungsgeschäften abgesichert wurde. Wenn keine Kurssicherungsvereinbarungen getroffen wurden, ist der jeweilige von der Europäischen Zentralbank (EZB) zum Quartalsende im Börsenblatt (bzw. im Internet unter www.ECB.int) veröffentlichte Referenzkurs maßgeblich.

Nicht als Schulden nachzuweisen:

- Eigenbestände von Wertpapieren
- Innere Darlehen (Inanspruchnahme von Mitteln, die für einen anderen Zweck vorgesehen waren)
- Gelder, die von Dritten hinterlegt sind (z.B. Kautionen)
- Von Dritten erhaltene Beträge, für die keine Verpflichtung zur Rückzahlung entstanden ist

Negative Werte sind nicht zulässig.

Sonstige (übrige) Verbindlichkeiten werden nicht erhoben.

Erläuterungen zum Fragebogen

1 Kassenkredite (Kredite zur Liquiditätssicherung)

Unter Kassenkredite/Kassenverstärkungskredite werden die kurzfristigen Verbindlichkeiten erfasst, die zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen verwendet werden. Sie dienen nicht der Ausgabendeckung (keine investiven Zwecke), sondern der Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft beziehungsweise der Liquiditätssicherung. Zur Vorfinanzierung von Vorhaben auf spätere langfristige Darlehen aufgenommene Zwischenkredite sind als Schulden bei den jeweiligen Kreditarten auszuweisen. Kontokorrentkredite sowie empfangene Barsicherheiten aus Derivatgeschäften sind hier einzubeziehen.

Hierunter fallen auch alle erhaltenen Zahlungen „**im Rahmen von Cash-Pooling**“. Hierunter fallen insbesondere alle erhaltenen Zahlungen von einer anderen verbundenen Einheit, um Gelder günstiger anlegen zu können oder um eine externe Kreditaufnahme zu vermeiden.

Eine Saldierung mit positiven Kontoständen (Guthaben) ist nicht zulässig.

2 Bund

Kernhaushalt des Bundes. Sondervermögen des Bundes sind unter „Verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen“ (siehe 7) bzw. „Sonstige öffentliche Sonderrechnungen“ (siehe 8) zuzuordnen.

3 Länder

Kernhaushalte der Länder einschließlich Stadtstaaten. Sondervermögen der Länder sind unter „Verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen“ (siehe 7) bzw. „Sonstige öffentliche Sonderrechnungen“ (siehe 8) zuzuordnen.

4 Gemeinden/Gemeindeverbände

Gemeinden (kreisfreie Städte, kreisangehörige Gemeinden), Gemeindeverbände (Ämter, Samtgemeinden, Verbandsgemeinden, Landkreise), Bezirksverbände (Bezirke, Landeswohlfahrtsverbände, Landschaftsverbände).

5 Zweckverbände und dergleichen

Verbände und sonstige Organisationen in öffentlich-rechtlicher Form, die kommunale Aufgaben erfüllen und mindestens eine Gemeinde oder einen Gemeindeverband zum Mitglied haben.

Hierzu gehören:

- Zweckverbände nach den Zweckverbandsgesetzen, ausgenommen Sparkassenverbände
- Sondergesetzliche Verbände, z. B. Schulverbände gemäß den Schulgesetzen der Länder
- Nachbarschaftsverbände
- Wasserwirtschaftliche Verbände, Bodenverbände
- Regionalverbände
- Regionale Planungsverbände
- Planungsverbände nach dem Bundesbaugesetz
- Gemeindeverwaltungsverbände
- Wasserversorgungsverbände
- Abwasserbeseitigungsverbände
- Verwaltungsgemeinschaften in Bayern
- Grenzüberschreitende Zweckverbände mit Sitz in Deutschland
- Sonstige Verbände und Organisationen mit kommunaler Aufgabenerfüllung

6 Gesetzliche Sozialversicherung

Träger der gesetzlichen:

- Krankenversicherung
- Pflegeversicherung
- Unfallversicherung
- Rentenversicherung
- Arbeitslosenversicherung (Bundesagentur für Arbeit)

sowie die landwirtschaftliche Krankenkasse

Kommunale Versorgungskassen und -verbände sowie Träger der öffentlichen Zusatzversorgung sind unter den „Sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen“ (siehe **8**) zuzuordnen.

7 Verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen

Zahlungsbeziehungen mit öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit Sonderrechnung oder in rechtlich selbstständiger Form, bei denen die eigene Berichtseinheit Mitglied, Träger oder unmittelbarer bzw. mittelbarer Anteilseigner ist und insgesamt mehr als 50 % der Anteile bzw. der Stimmrechte besitzt.

Öffentliche Unternehmen im Sinne dieser Abgrenzung:

- Eigene Betriebe
- Sondervermögen mit unternehmerischer Aufgabenstellung und eigener Wirtschafts- und Rechnungsführung
- Unternehmen in der Rechtsform des öffentlichen Rechts
- Unternehmen des privaten Rechts (z. B. AG, GmbH), wenn sie öffentlich bestimmt sind, d. h. wenn die eigene Körperschaft überwiegend, d. h. mit mehr als 50 v. H. am Nennkapital (Grund- oder Stammkapital) unmittelbar oder mittelbar (z. B. über eine Holding), beteiligt ist

Öffentliche Einrichtungen im Sinne dieser Abgrenzung:

- Juristische Personen des öffentlichen Rechts, die keine Unternehmen sind
- Juristische Personen des privaten Rechts ohne unternehmerische Aufgabenstellung, wenn sie öffentlich bestimmt sind, d. h. wenn die eigene Körperschaft überwiegend, d. h. mit mehr als 50 v. H. am Nennkapital (Grund- oder Stammkapital) unmittelbar oder mittelbar (z. B. über eine Holding), beteiligt ist
- Juristische Personen des privaten Rechts in den Formen von Stiftungen und Vereinen sowie Gesellschaften des privaten Rechts, bei denen die eigene Körperschaft auf Grund der Satzung o. Ä. beherrschenden Einfluss ausübt

Dazu zählen auch Versorgungsfonds/Versorgungsrücklagen.

Nicht dazu zählen Sparkassen und Landesbanken, Einheiten, bei denen die Kommune 50 % oder weniger an Anteilen bzw. Stimmrechten besitzt sowie Unternehmensbestandteile mit Sitz im Ausland (ausländische Tochtergesellschaften).

8 Sonstige öffentliche Sonderrechnungen

Zahlungsbeziehungen mit Sondervermögen des Bundes und der Länder, mit öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit Sonderrechnung oder in rechtlich selbstständiger Form, bei denen andere öffentliche Körperschaften (Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände) oder die Sozialversicherung Mitglied, Träger oder unmittelbare bzw. mittelbare Anteilseigner sind.

Öffentliche Unternehmen im Sinne dieser Abgrenzung:

- Eigene Betriebe des Bundes und der Länder im Sinne des § 26 BHO/LHO
- Sondervermögen mit unternehmerischer Aufgabenstellung und eigener Wirtschafts- und Rechnungsführung
- Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts
- Unternehmen des privaten Rechts (z. B. AG, GmbH), wenn Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherung überwiegend, d. h. mit mehr als 50 v. H. am Nennkapital (Grund- oder Stammkapital) unmittelbar oder mittelbar (z. B. über eine Holding) beteiligt sind

Öffentliche Einrichtungen im Sinne dieser Abgrenzung:

- Juristische Personen des öffentlichen Rechts, die keine Unternehmen sind
- Juristische Personen des privaten Rechts ohne unternehmerische Aufgabenstellung, wenn Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherung überwiegend, d. h. mit mehr als 50 v. H. am Nennkapital (Grund- und Stammkapital) unmittelbar oder mittelbar (z. B. über eine Holding) beteiligt sind
- Juristische Personen des privaten Rechts in der Form von Stiftungen und Vereinen sowie Gesellschaften des privaten Rechts, bei denen die öffentliche Hand auf Grund der Satzung o. Ä. beherrschenden Einfluss ausübt

Nicht dazu zählen Einheiten, bei denen öffentliche Körperschaften oder die Sozialversicherung 50 % oder weniger an Anteilen bzw. Stimmrechten besitzen sowie Sparkassen, Landesbanken, Wirtschafts- und Berufsvertretungen und Kirchen.

9 Kreditinstitute

Kreditinstitute sind alle Institutionen im In- und Ausland, die finanzielle Mittlertätigkeiten ausüben und deren Geschäftstätigkeit darin besteht, Einlagen u. Ä. von juristischen und natürlichen Personen aufzunehmen, Kredite zu gewähren oder in Wertpapiere zu investieren.

Zu den Kreditinstituten zählen insbesondere:

- Sparkassen, Landesbanken
- Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
- Banken mit Sonderaufgaben (z. B. LfA Förderbank Bayern, NRW.BANK, Investitionsbank Schleswig-Holstein, Sächsische Aufbaubank – Förderbank –)
- Geschäftsbanken, Universalbanken
- Genossenschaftsbanken, Kreditgenossenschaften
- Spezialbanken (z. B. Merchant Banks, Emissionshäuser, Privatbanken)
- Bausparkassen
- Wohnungsunternehmen mit Spareinrichtungen

Nicht zu den Kreditinstituten zählen Börsen sowie sonstige Finanzintermediäre.

Eine Liste aller Kreditinstitute finden Sie auf der Internetseite der Europäischen Zentralbank unter https://www.ecb.europa.eu/stats/money/mfi/general/html/daily_list-MID.en.html.

10 Sonstiger inländischer Bereich

Alle inländischen Unternehmen, die nicht öffentliche Unternehmen oder Kreditinstitute sind.

Dazu zählen auch:

- Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften
- Rechtsfähige Vereine, Stiftungen
- Nichtrechtsfähige Vereine, sonstige nichtrechtsfähige Personengemeinschaften

Eigene Beteiligungen, Beteiligungen anderer Gebietskörperschaften und/oder Beteiligungen der Sozialversicherung deren Anteile bzw. Stimmrechte 50 % oder weniger betragen sind hier auch einzubeziehen.

Natürliche und juristische Personen, die den bisher benannten Bereichen nicht zugeordnet wurden, insbesondere Organisationen ohne Erwerbscharakter (einschließlich deren Anstalten und Einrichtungen) in öffentlich-rechtlicher (Körperschaften, Anstalten, Stiftungen des öffentlichen Rechts) oder privatrechtlicher (eingetragene Vereine, privatrechtliche Stiftungen, BGB-Gesellschaften) Rechtsform, soweit diese nicht als Unternehmen oder Teil eines Unternehmens zu betrachten sind.

Hierzu gehören:

- Kirchen, Orden, religiöse und weltanschauliche Vereinigungen
- Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege
- Organisationen in den Bereichen Erziehung, Wissenschaft und Kultur, Sport- und Jugendpflege
- Arbeitgeberverbände, Berufsorganisationen
- Wirtschaftsverbände und öffentlich-rechtliche Wirtschafts- und Berufsvertretungen
- Gewerkschaften
- Politische Parteien

11 Sonstiger ausländischer Bereich

Natürliche und juristische Personen des Auslandes, soweit sie nicht zu den Kreditinstituten zählen, sind unter anderem auch:

- Europäische Gemeinden
- Internationale Organisationen, Einrichtungen der Europäischen Union
- Unternehmensbestandteile mit Sitz im Ausland (ausländische Tochtergesellschaften)

12 Wertpapierschulden

Hierzu zählen:

- Geldmarktpapiere (kurzfristige Wertpapiere mit einer Laufzeit in der Regel unter 1 Jahr)
- Kapitalmarktpapiere (langfristige Wertpapiere mit einer Laufzeit über 1 Jahr) wie z. B. Anleihen

13 Geldmarktpapiere

Kurzfristige Wertpapiere, deren ursprüngliche Laufzeit in der Regel bis zu einem Jahr beträgt.

Hierzu zählen z. B.:

- Unverzinsliche Schatzanweisungen
- Finanzierungsschätze

14 Kapitalmarktpapiere

Langfristige Wertpapiere, deren ursprüngliche Laufzeit in der Regel mehr als ein Jahr beträgt.

Hierzu zählen z. B.:

- Inhaberschuldverschreibungen
- Anleihen
- Obligationen
- Durch die Umwandlung von Krediten entstandene Wertpapiere
- Verbindlichkeiten, die im Rahmen der Verbriefung von Krediten, Hypotheken, Kreditkartenverbindlichkeiten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und von sonstigen Verbindlichkeiten begeben werden

15 Kredite

Kredite entstehen, wenn Gläubiger Mittel an Schuldner entweder direkt oder unter Zwischenschaltung eines Vermittlers gewähren und die entweder in einem nicht begebaren (übertragbaren) Titel oder gar nicht verbrieft sind. Kredite weisen im Allgemeinen folgende Merkmale auf:

- Die Bedingungen eines Kredites werden zwischen dem Kreditnehmer und dem Kreditgeber direkt oder unter Zwischenschaltung eines Vermittlers ausgehandelt
- Ein Kredit ist eine unbedingte Verbindlichkeit gegenüber dem Gläubiger, die bei Fälligkeit zurückgezahlt werden muss

Zu den Krediten zählen auch Schuldscheindarlehen.

Die Kredite (ohne Kassenkredite) sind in der Höhe der Restschuld nach Ursprungslaufzeiten anzugeben. Auch unverzinsliche Kredite sind hier zu erfassen.

16 Versicherungen

Hierzu zählen alle Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen, die in ihrer Hauptfunktion Versicherungsrisiken zusammenfassen und insofern finanzielle Mittler-tätigkeiten ausüben. Bei den abgeschlossenen Versiche-rungsverträgen kann es sich um Einzelverträge und/oder Gruppenverträge handeln, die auf einer allgemeinen, vom Staat auferlegten Verpflichtung beruhen können, aber nicht müssen. Hierzu zählen Lebensversicherungsgesellschaften, Schadenversicherungsgesellschaften oder Rückversicherungen.

Pensionskassen sind Einrichtungen, die im Zusammen-hang mit sozialen Risiken und Bedürfnissen der Versiche-ten Gruppenrisiken übernehmen. Typische Teilnehmer-gruppen solcher Versicherungssysteme sind Arbeitnehmer eines einzigen Unternehmens oder einer Gruppe von Unternehmen, Arbeitnehmer eines Produktionsbereichs oder eines Wirtschaftsbereichs sowie Personen, die der gleichen Berufsgruppe angehören. Bei den vertraglich ver-einbarten Leistungen kann es sich um Leistungen handeln, die nach dem Tod des Versicherten an seine Hinterbliebe-nen gezahlt werden (insbesondere bei Arbeitsunfällen), um Leistungen, die nach dem Eintritt in den Ruhestand gezahlt werden, oder um Leistungen, die nach der Invalidisierung des Versicherten gezahlt werden.

Nicht dazu zählen Pensionskassen bzw. Pensionsfonds (einschließlich Zusatzversorgungseinrichtungen der Gebietskörperschaften), die sich in öffentlicher Träger-schaft befinden.

Diese gehören zu den Bereichen „Verbundene Unter-nehmen, Beteiligungen und Sondervermögen“ (siehe 7) bzw. „Sonstige öffentliche Sonderrechnungen“ (siehe 8).

17 Kapitalanlagegesellschaften

Dieser Teilsektor umfasst kollektive Investmentsysteme wie Investmentfonds oder -gesellschaften (ohne Geld-marktfonds, welche dem Bereich der Kreditinstitute zuge-rechnet werden), die Investmentfondsanteile ausgeben und für eigene Rechnung in finanzielle oder nicht-finan-zielle (Immobilien) Aktiva investieren. Beispiele sind offene und geschlossene Investmentfonds, Immobilienfonds oder Hedgefonds. Nicht dazu zählen Pensionsfonds, Staats-fonds (Sovereign wealth funds; diese zählen zum Bereich „Sonstige finanzielle Unternehmen“ (siehe 13)), Firmen-zentralen oder Holdings, die Investmentgesellschaften kontrollieren oder lediglich deren Anteile halten, ohne selbst Investmentgesellschaft zu sein.

18 Sonstige finanzielle Unternehmen

Dieser Bereich umfasst alle übrigen finanziellen Kapital-gesellschaften und Quasi-Kapitalgesellschaften. Deren Hauptfunktion kann in finanziellen Mittlertätigkeiten be-stehen, zu deren Zwecke Verbindlichkeiten eingegangen werden, die nicht die Form von Zahlungsmitteln, Einlagen und/oder Substituten für Einlagen oder von versicherungs-technischen Rückstellungen haben.

Hierzu zählen:

- Finanzierungsleasinggesellschaften, spezialisierte Finanzierungsunternehmen (etwa im Bereich der Ent-wicklungsfinanzierung und Export-/Importfinanzierung), Factoring-Kapitalgesellschaften
- Wertpapierhändler und Händler, die (für eigene Rech-nung) mit derivativen Finanzinstrumenten handeln

- Verbriefungszweckgesellschaften, die eigens gegründet wurden, um verbriefte Vermögenswerte zu halten
- Holdinggesellschaften, die eine Gruppe von Tochter-unternehmen, die vorwiegend finanzielle Mittlertätig-keiten und/oder damit verbundene Tätigkeiten ausüben, kontrollieren und ihre Gesamtleitung wahrnehmen

Ebenfalls dazu zählen alle finanziellen Kapitalgesell-schaften und Quasi-Kapitalgesellschaften, die primär Versicherungshilfstätigkeiten ausüben, z. B.:

- Finanzmakler
- Kapitalgesellschaften, die die Emission von Wertpapieren übernehmen (Emissionshäuser)
- Kapitalgesellschaften, die Dienstleistungen für Finanzmärkte bereitstellen
- Zentrale Aufsichtsbehörden für Finanzinstitute und -märkte
- Kapitalgesellschaften, die Wertpapier- und Versicherungsbörsen betreiben

19 Kredite mit einer Laufzeit bis einschließlich 1 Jahr

Kredite entstehen, wenn Gläubiger Mittel an Schuldner entweder direkt oder unter Zwischenschaltung eines Ver-mittlers gewähren und die entweder in einem nicht begeb-baren (übertragbaren) Titel oder gar nicht verbrieft sind.

Kredite weisen im Allgemeinen folgende Merkmale auf:

- Die Bedingungen eines Kredits werden zwischen dem Kreditnehmer und dem Kreditgeber direkt oder unter Zwischenschaltung eines Vermittlers ausgehandelt
- Ein Kredit ist eine unbedingte Verbindlichkeit gegenüber dem Gläubiger, die bei Fälligkeit zurückgezahlt werden muss

Zu den Krediten zählen auch Schuldscheindarlehen.

Die Kredite (ohne Kassenkredite) sind in der Höhe der Restschuld nach Ursprungslaufzeiten anzugeben. Auch unverzinsliche Kredite sind hier zu erfassen.

20 Kreditmarktschulden

Kredite, die entsprechend den jeweiligen haushaltsgesetz-lichen Kreditermächtigungen zur Haushaltsfinanzierung am Kreditmarkt aufgenommen wurden. Hierzu zählen z. B. auch Kredite beim Versorgungsfonds beziehungsweise bei der Versorgungsrücklage.